

Corona und die Folgen für die Kultur – mit Leitbildern für Nachhaltigkeit durch die Krise

Olaf Zimmermann

Auch wenn die Ursache für die Corona-Pandemie noch nicht zufriedenstellend geklärt ist, zeigt sie doch sehr deutlich die Grenzen des Wachstums dieses Planeten, um einen Begriff und Buchtitel aus den 1970er-Jahren aufzugreifen. Der Club of Rome hatte seinerzeit schon vor dem scheinbar grenzenlosen Wachstum und der Ausbeutung der Natur gewarnt. Heute, vier Jahrzehnte später, wird immer deutlicher, was damals schon erkennbar war: Es geht nicht mehr nur um kosmetische Maßnahmen, sondern um einen grundlegenden Wandel unseres Lebensstils – einen kulturellen Wandel.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, befasst sich bereits seit vielen Jahren verbandspolitisch und publizistisch mit dem Thema des Kulturwandels: Zu nennen sind hier etwa die Ausgabe der Zeitung »Politik & Kultur« zum Thema »Anthropozän«, das ein Interview mit dem Nobelpreisträger Paul J. Crutzen beinhaltet (Politik & Kultur 2016), die Ausgabe zur *Nachhaltigkeit im Kulturbereich*, in der das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird (Politik & Kultur 2018), die Ausgabe zur *Bedeutung der Dunkelheit* mit einem Interview mit dem Astronauten Reinhold Ewald (Politik & Kultur 2019), die Ausgabe zur *Stadtentwicklung* (Politik & Kultur 2021a), die Ausgabe zur *Bedeutung von Insekten für Kultur, Natur und Gesellschaft* (Politik & Kultur 2021b) und die Ausgabe zur *Klimakrise* unter anderem mit einem Beitrag des Klimaforschers Mojib Latif (Politik & Kultur 2021c).

Darüber hinaus hat der Deutsche Kulturrat zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) von 2018 bis 2020 ein Dialogprojekt durchgeführt, in dem an verschiedenen Orten Veranstaltungen zum Zusammenhang von Natur, Kultur und Heimat stattfanden. Zusammengeführt wurden die Debatten in dem Dossier »Guten Morgen! Heimat und Nachhaltigkeit« (Zimmermann/Geissler 2020). In dem Dossier wird die Breite des Nachhaltigkeitsdiskurses deutlich. Ein wesentliches Ziel des Dialogprojektes des Deutschen Kulturrates mit dem BUND war es, Gesprächsfäden zwischen einem stark lokal verorteten, aber auch bundesweit agierenden Umweltverband und dem Spitzenverband der Bundeskulturverbände zu knüpfen. Ein wichtiger Ertrag ist auch der Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung 2021 des BUND mit dem Titel »Ohne kulturellen Wandel keine Nachhaltigkeit« (BUND 2021).

Darin wird unter anderem formuliert, dass der Schulterschluss mit dem Kulturbereich aktiv gesucht werden soll.

Der BUND greift mit dem Titel seines Beschlusses »Ohne kulturellen Wandel keine Nachhaltigkeit« einen Zusammenhang auf, auf den der Deutsche Kulturrat nicht zuletzt in seiner Stellungnahme »Umsetzung der UN-Agenda 2030 ist eine kulturelle Aufgabe« (Deutscher Kulturrat 2019) vom 15.01.2019 aufmerksam gemacht hat.

Zu diesem Wandel gehört, sorgsam mit der Natur umzugehen, der Ausdehnung der Städte und dem Raub von Lebensräumen von Wildtieren entgegenzuwirken. Denn eine der Theorien zum Ursprung der Corona-Pandemie besagt, dass gerade die Beschneidung der Lebensräume von Wildtieren dazu beiträgt, dass Viren von Tieren auf Menschen überspringen können. Dass sich das Corona-Virus weltweit ausbreiten und so zu einer Pandemie führen konnte, liegt an den weltweiten Handelsbeziehungen und dem Reisen von Menschen zu den entlegensten Orten der Welt. Bei jeder neuen Virusvarianten-Welle wird deutlich, wie verflochten die Welt ist, wie intensiv der Austausch untereinander ist und wie schnell eine Virusvariante von einem Ende der Welt zum anderen gelangt und sich dort ausbreitet.

Daher kann auch nicht ein Land allein eine solche Pandemie bekämpfen. Es geht vielmehr um internationale Zusammenarbeit und insbesondere auch um Solidarität mit den ärmeren Ländern, insbesondere jenen im globalen Süden.

UN-Agenda 2030

Die im Jahr 2015 verabschiedete UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung war ein entscheidender Durchbruch in der Nachhaltigkeitspolitik. Sie definiert Entwicklung eben nicht als einen Prozess, den der globale Süden vermeintlich erst einmal durchlaufen muss, sondern sieht alle Staaten, die Unternehmen, die Zivilgesellschaft, aber auch jeden Einzelnen gefordert, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Die UN-Agenda 2030 ist ein Weltzukunftsplan. Ihre Umsetzung verlangt ein neues Denken, das mit Zuversicht die Chancen nachhaltiger Entwicklung herausstellt. Allen Menschen ein gutes und gelingendes Leben zu ermöglichen, ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Vereinte Nationen 1948) begründet. Es wird Zeit, diese Verpflichtung mit Blick auf nachhaltige Chancen für alle umzusetzen und dem Raubbau an den Ressourcen der Erde ein anderes Bild eines guten Lebens entgegenzusetzen. Nachhaltige Entwicklung ist eine kulturelle Herausforderung. Es gilt, alte Muster, Gewohnheiten und Gewissheiten zu hinterfragen und sich auf Neues, Unbekanntes einzulassen, dabei aber auch kulturelle Traditionen und Techniken wieder neu zu beleben, wenn diese nachhaltige Prozesse unterstützen. Es gilt neue Verbindungen zu schaffen, die Anknüpfungspunkte für Innovationen sein können.

Kunst und Kultur sind prädestiniert für diese Veränderungsprozesse. Auch hier geht es darum, Neues zu wagen, Grenzen zu überschreiten und das Unbekannte zu erkunden. Kunst und Kultur verkörpern eine Haltung und liefern den Raum, in dem Bilder und Symbole der Nachhaltigkeit entstehen können. Sie fördern die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und zur Empathie. Darüber hinaus stärken zugangsoffene und teilhabegerechte Kunst und Kultur unmittelbar die nachhaltige Entwicklung, indem sie zu

Veränderungsprozessen beitragen, zum Beispiel indem sie ressourcenschonende Produkte entwickeln.

Corona als Brennglas

Auch wenn es inzwischen ein wenig abgeschmackt klingt, ich bleibe dabei: die Corona-Pandemie war und ist ein Brennglas, durch das zuvor bereits bestehende Missstände deutlich sichtbar wurden.¹ Das beginnt mit der prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern. In diversen Untersuchungen wird vom Deutschen Kulturrat bereits seit vielen Jahren hierauf hingewiesen². In den Datenauswertungen wurde belegt, wie gering das Jahresdurchschnittseinkommen von freiberuflichen Künstlerinnen und Künstlern ist und dass Künstlerinnen immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Dies wurde zwar beklagt, dennoch wurde bislang wenig gegen diese Missstände unternommen.

Soziale Lage

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben in ihrem Ende 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag festgelegt, dass sie das Thema Mindesthonorare für Künstlerinnen und Künstler angehen wollen. (vgl. Deutscher Kulturrat 2021) Das ist ein dickes Brett, zumal derzeit Vorschriften im EU-Wettbewerbsrecht Tarifverhandlungen von Solo-Selbständigen entgegenstehen. Doch beginnen diese Vorschriften zu wackeln und die Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob und wie sie das Thema Mindesthonorare angehen wird. Die Kulturministerkonferenz plant im Oktober 2022 mit einem Beschluss in Vorlage zu gehen. Neben Mindesthonoraren gilt es das Netz der sozialen Sicherung auch an anderen Stellen für Selbständige im Kulturbereich oder hybrid Erwerbstätige, die zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung fortlaufend wechseln oder als Sidepreneure gleichzeitig unselbständig und freiberuflich arbeiten, dichter zu knüpfen. Hierzu gehört beispielsweise die Arbeitslosenversicherung weiterzuentwickeln, sodass Auftragsausfälle, wie sie in der Corona-Pandemie gang und gäbe sind, aber auch darüber hinaus für den Kulturbereich typisch sind, aufgefangen werden können. Auch dieses Thema hat sich die Koalition vorgenommen. Nach wie vor ein Desiderat ist die Rentenversicherungspflicht für Selbständige, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können, also weder künstlerisch noch publizistisch tätig sind, aber dennoch im Kultur- und Medien-sektor selbständig tätig sind. Erste Ansätze zumindest für Gründer und Gründerinnen werden im Koalitionsvertrag angedeutet. Hier wird es darauf ankommen, bezahlbare Lösungen zu finden, um so Selbständigen einen besseren Zugang zur gesetzlichen

1 Einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich bietet das Buch »Die Corona-Chroniken Teil 1. Corona vs. Kultur in Deutschland« (vgl. Zimmermann/Geißler 2021).

2 Siehe hierzu: Schulz/Zimmermann (2020), Schulz/Ries/Zimmermann (2016) und Schulz/Zimmermann/Hufnagel (2013)

Alterssicherung zu ermöglichen. Hier ist davon auszugehen, dass keine Insellösungen für den Kultur- und Mediensektor gesucht werden, sondern insgesamt Selbständige in den Blick genommen werden.

Darüber hinaus gilt es, das Verhältnis zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung an einigen Stellen neu zu justieren. Kein Zweifel: Selbständige Tätigkeit ist in vielen Arbeitsfeldern im Kulturbereich konstitutiv. Selbständige Tätigkeit bedeutet viel Freiheit und Verantwortung. Viele aus dem Kulturbereich suchen gerade dies und sehen es als Chance der Selbstverwirklichung. Gleichzeitig dürfen die Augen nicht davor verschlossen werden, dass es auch eine Reihe an Selbständigen gibt, die unfreiwillig selbständig sind und Tätigkeiten ausüben, die eigentlich von abhängig Beschäftigten wahrgenommen werden sollten. Eine wichtige Lehre aus der Corona-Pandemie ist meines Erachtens, dass in vielen Institutionen das Verhältnis zwischen abhängiger Beschäftigung und der Beauftragung von Selbständigen neu durchdacht werden muss. Bereits jetzt ist in einigen Ländern zu beobachten, dass beispielsweise Musikschullehrende wieder vermehrt angestellt werden und nicht mehr als Freiberufler arbeiten.

Mehr Nachhaltigkeit im Kulturbereich nach Corona heißt auch eine bessere soziale Absicherung, ganz im Sinne des Zieles 1 der UN-Agenda 2030: »Armut in allen ihren Formen und überall beenden«.

Geschlechtergerechtigkeit

Hierzu gehört zentral, dem *Gender-Pay-Gap* und dem *Gender-Show-Gap* im Kulturbereich entgegenzuwirken. Nach wie vor erzielen Künstlerinnen ein geringeres Einkommen als Künstler (*Gender-Pay-Gap*).³ Das hängt auch damit zusammen, dass ihre Werke weniger gezeigt, ausgestellt, gespielt oder rezensiert werden (*Gender-Show-Gap*). Wer im Kulturbereich weniger präsent ist, erzielt zumeist ein geringeres Einkommen. Die stärkere Präsenz künstlerischer Werke von Frauen im Kulturbetrieb ist ein wichtiger Schlüssel zur Überwindung des *Gender-Pay-Gaps*. Hier ist jede Kultureinrichtung, jede*r Kulturveranstalter*in gefragt. Auch ohne den strengen Zeigefinger von oben, ohne strikte Quotierungsvorgaben kann jedes Museum, jedes Theater, Zeitungsredaktion und jeder Rundfunksender Sorge dafür tragen, dass künstlerische Werke von Frauen genauso präsent sind wie die von Männern. Mit Blick auf die Theater ist es dabei besonders wichtig, nicht nur darauf zu achten, wer inszeniert oder auf der Bühne steht, sondern auch von wem welche Stücke gespielt werden. Nebenbei könnte hiermit auch ein Beitrag zu mehr kultureller Vielfalt geleistet werden.

Mehr Nachhaltigkeit im Kulturbereich nach Corona heißt auch mehr Geschlechtergerechtigkeit, ganz im Sinne des fünften Zieles der UN-Agenda 2030: »Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen«.

3 Siehe hierzu die o.g. Studien zur sozialen Lage

Inklusion

Vor allem im Theater-, Film- und Konzertbereich bestehen große Defizite mit Blick auf Inklusion. Menschen mit offensichtlichen Einschränkungen sind nur äußerst selten auf den Brettern, die die Welt bedeuten, oder vor der Kamera zu sehen. Allzu oft werden Rollen, in denen es um Menschen mit Einschränkungen geht, von Darstellerinnen und Darstellern übernommen, die keine Einschränkungen haben. Noch seltener gibt es Engagements für Behinderte, bei denen die Behinderung keine Rolle spielt. An dieser Stelle mehr Sichtbarkeit für die künstlerische Qualität der Arbeit von Menschen zu schaffen, die auf den ersten Blick anders als gewohnt aussehen oder sich bewegen, ist eine wesentliche kulturpolitische Aufgabe (vgl. Politik & Kultur 2021d).

Das gilt auch für die künstlerische Ausbildung an Hochschulen. Noch viel zu oft können Menschen mit Behinderung kein Studium an einer Kunst- oder Musikhochschule aufnehmen, weil die räumlichen Gegebenheiten oder die formalen Anforderungen es nicht zulassen. Auch hier ist mehr Offenheit gefragt, um das künstlerische Potenzial in unserem Land tatsächlich zu heben. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dabei die Expertise von Betroffenen stärker einzubeziehen und zu nutzen. Sie wissen am allerbesten, welche Maßnahmen und möglicherweise welche Unterstützung sie brauchen, um ihr Potenzial entfalten zu können.

Inklusion betrifft aber nicht nur die Mitarbeitenden von Kulturinstitutionen (vgl. Priller/Schrader/Schulz/Zimmermann 2021), sondern ebenso deren Nutzerinnen und Nutzer. Hier gibt es bereits beeindruckende Projekte, in denen eine weite inklusive Öffnung von Kultureinrichtungen erprobt wird. Doch es darf nicht bei temporären Projekten bleiben. Der Anspruch einer Kultureinrichtung, für alle da zu sein, schließt ein, sich Gedanken darüber zu machen, wie wirklich alle Menschen – egal ob mit oder ohne Einschränkung – als Besucherinnen und Besucher willkommen geheißen werden können. Diese Aufgabe ist keineswegs trivial. Geht es doch auch um den Umgang mit fragilen oder wertvollen Objekten, die beispielsweise Menschen mit einer Sehbehinderung nicht so einfach als Tastobjekte zugänglich gemacht werden können. Auch bei baulichen Anpassungen gibt es das Problem, dass sie gerade in denkmalgeschützten Gebäuden oft nur schwer umzusetzen sind. Geht es doch auch um ein anderes Verständnis des Hörens, wenn schwerhörige oder taube Menschen Musik hören und vieles andere mehr. Auch hier muss es das Ziel sein, mit denjenigen, die als Betroffene die Expertise aus eigener täglicher Erfahrung haben, ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Mehr Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik nach Corona heißt auch, mehr Inklusion in Kultureinrichtungen zu verwirklichen, ganz im Sinne des vierten Ziels der UN-Agenda 2030: »Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern«.

Stadtentwicklung

Im Jahr 1971 stand die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags unter dem Motto »Rettet unsere Städte jetzt!«. Themen waren unter anderem der Umgang mit Bodenspekulationen, die Verkehrssituation in den Städten und die unzureichende Finanz-

ausstattung der Kommunen. Durch die Debatten zog sich die Frage, wie die Stadt menschlicher werden kann oder anders gesagt: Wie kann die Stadt den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, und wie können sich die Bürgerinnen und Bürger in die Stadt einbringen. Ein Ausgangspunkt war die »Unwirtlichkeit unserer Städte«, wie sie Alexander Mitscherlich analysiert und im gleichnamigen Buch beschrieben hatte. Die durch Krieg und schnellen Wiederaufbau teils bereits autogerechten Städte wurden als seelenlos und entmenslicht bezeichnet.

Die Erklärung »Rettet unsere Städte jetzt!« des Deutschen Städtetags wird vielfach als Geburtsstunde der Neuen Kulturpolitik gesehen. Einer vor allem kommunalen Kulturpolitik, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger einer Stadt richtet und eben nicht nur an die bürgerliche Elite. Einer Kulturpolitik, die auf Beteiligung setzt. Einer Kulturpolitik, die der kulturellen Bildung mehr Gewicht gibt und die Kultur und Freizeit verbindet. So wurde beispielsweise unter der Ägide von Hilmar Hoffmann als Kulturdezernent in Frankfurt a.M. das »Amt für Kultur« in »Amt für Kultur und Freizeit« umbenannt – eine Umbenennung, die heute sicherlich auf Befremden stoßen würde, denn gerade in der Corona-Pandemie wurde einmal mehr deutlich, dass man mit wenig den Kulturbereich und die kulturelle Bildung mehr erzürnen kann, als sie unter Freizeit einzuordnen. Vieles, was seinerzeit in der Erklärung des Deutschen Städtetags benannt wurde, kommt einem heute sehr bekannt vor. Bodenspekulation heißt heute Gentrifizierung und Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen in Stadtrandsiedlungen. Die Diskussion um die Verkehrssituation der Städte wird heute nicht zuletzt unter den Stichworten Stickoxidbelastung und Flächenversiegelung geführt. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen ist nach wie vor ein zentrales Thema. Die Aufgaben der Städte sind gewachsen, ihre Finanzausstattung ist vielfach prekär. Insbesondere Städte in vom Strukturwandel gezeichneten Regionen, wie etwa dem Ruhrgebiet, befinden sich bereits seit Jahrzehnten in der Haushaltssicherung und müssen ihre Etats von übergeordneten Stellen wie den Bezirksregierungen genehmigen lassen.

Die Corona-Pandemie hat ihre Spuren in den Städten hinterlassen. Das, was eine Stadt lebenswert macht – Kultur, Freizeit, Einkaufen, Ausgehen oder Flanieren – ist kaum mehr möglich. Die diversen Lockdowns zeigten die Unwirtlichkeit vieler Städte. Dort, wo sich sonst Menschen in Fußgängerzonen, auf Märkten, in Cafés, Bars, Kneipen oder Stadtteilstellen trafen, konnte das Zusammentreffen nicht oder nur unter eingeschränkten Bedingungen stattfinden. Kulturorte, die sich bewusst als Begegnungsorte entwickelt haben, wie Bibliotheken und soziokulturelle Zentren, hatten geschlossen. Museen, Theater, Konzerthäuser, Kinos und andere Orte, die die Stadt, ihre Lebendigkeit und ihren Abwechslungsreichtum auszeichnen, mussten schließen – und Tourismus war ohnehin weitgehend untersagt. In vielen Städten war nahezu handgreiflich zu spüren, wie wenig in die Naherholung investiert wurde, wie sehr die noch vorhandenen grünen Flecken bebaut wurden und wie verdichtet die Städte sind. Nichtkommerzielle Orte in den Städten, in denen sich Menschen unabhängig von Konsumzwängen begegnen können, waren schon vor der Pandemie rar gesät, jetzt sind sie vielfach verschwunden.

Städte müssen für alle Menschen da sein, sprich inklusiv sein, sie müssen sicher sein und sie müssen widerstandsfähig, insbesondere bei Naturgewalten, sein. Die letzt-

genannten Aspekte wurden bei den Hochwasserkatastrophen im Sommer 2021 einmal mehr deutlich (vgl. Politik & Kultur 2021a).

Mehr Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik nach Corona heißt auch, die Stadtentwicklung in den Mittelpunkt zu rücken und in lebenswerte Städte zu investieren, ganz im Sinne des elften Ziels der UN-Agenda 2030: »Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten«.

Was uns umgibt

Was uns umgibt, womit wir arbeiten, was wir kaufen, ist von Designerinnen und Designern gestaltet. Sie reden ein Wort mit, ob Produkte langlebig sind oder nur eine Saison halten. Sie entscheiden über Materialien, die verwandt werden. Sind diese nachhaltig? Wurden die Rohstoffe unter fairen Bedingungen gewonnen oder beruhen sie auf der Ausbeutung von Menschen im globalen Süden? Wurden die Produkte fair hergestellt?

Selbstverständlich die Designbranche ist nicht allein verantwortlich. Designerinnen und Designer sind sehr oft vor allem Dienstleistende, die auf die Vorgaben und Wünsche ihrer Auftraggeber und Auftraggeberinnen, Kunden und Kundinnen reagieren. Dennoch haben sie eine zentrale Verantwortung, wenn es um das geht, was uns umgibt. Ihre Rolle muss gestärkt und ihr Beitrag für nachhaltige Produkte und Produktionsprozesse deutlich gemacht werden.

Mehr Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik nach Corona heißt auch, mehr in Produkte und Produktionsprozesse zu investieren, ganz im Sinne des zwölften Ziels der UN-Agenda 2030: »Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen«.

Mammutaufgabe

Nachhaltige Kulturpolitik ist eine Mammutaufgabe, die viele Facetten hat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklungspolitik und weitere Politikfelder müssen zusammengedacht und in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass sich die Mühen lohnen – denn mehr Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik ist ein Gewinn für alle!

Literatur

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND e.V. (2020): »Ohne kulturellen Wandel keine Nachhaltigkeit«, https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/12/Beschluss_A05_Kultureller_Wandel-002.pdf (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Deutscher Kulturrat (2021): »Deutscher Kulturrat plädiert für faire und angemessene Vergütung von Solo-Selbständigen im Kulturbereich«, 07.07.2021, <https://www.kulturrat.de/positionen/deutscher-kulturrat-plaedierte-fuer-faire-und-angemessene-verguetung-von-solo-selbstaendigen-im-kulturbereich/> (letzter Zugriff: 29.04.2022)

- Deutscher Kulturrat (2020) »Arbeitslosenversicherung: Zugang für Selbständige verbessern. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates«, 26.12.2020, <https://www.kulturrat.de/positionen/arbeitslosenversicherung-zugang-fuer-selbstaendige-verbessern/> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Deutscher Kulturrat (2019): »Umsetzung der Agenda 2030 ist eine kulturelle Aufgabe«, <https://www.kulturrat.de/positionen/umsetzung-der-agenda-2030-ist-eine-kulturelle-aufgabe/> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2018): Jg. 2018, Nr. 1, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2017/12/puko1-18.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2021a): Jg. 2021, Nr. 2, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/01/puko2-21.pdf> (letzter Zugriff: 28.06.2022)
- Politik & Kultur (2021b): Jg. 2021, Nr. 6, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/05/puko6-21.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2021c): Jg. 2021, Nr. 10, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/09/puko10-21.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2021d): Jg. 2021, Nr. 9, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/08/puko9-21.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2019): Jg. 2019/2020, Nr. 12/1, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2019/11/puk1219-0120.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Politik & Kultur (2016): Heft 3, hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler, Regensburg 2016 <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2016/04/PK-03-2016.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Priller, Eckhard; Schrader, Malte; Schulz, Gabriele; Zimmermann, Olaf (2018): *Diversität in Kulturinstitutionen 2018-2020*, Berlin: Deutscher Kulturrat
- Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf (2020): *Frauen und Männer im Kulturmarkt*, Berlin: Deutscher Kulturrat
- Schulz, Gabriele/Ries, Carolin/Zimmermann, Olaf (2013): *Frauen in Kultur und Medien*, Berlin: Deutscher Kulturrat
- Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf/Hufnagel, Rainer (2013): *Arbeitsmarkt Kultur*, Berlin: Deutscher Kulturrat
- Vereinte Nationen (UN)(2017): »Ziele für nachhaltige Entwicklung«, <https://unric.org/de/17ziele/> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Vereinte Nationen (UN) (1948): »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte«, <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Zimmermann, Olaf/Geißler, Theo (Hg.) (2021): »Die Corona-Chroniken Teil 1. Corona vs. Kultur in Deutschland«, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2021/11/Corona-Chroniken-1.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2022)
- Zimmermann, Olaf/Geißler, Theo (Hg.) (2020): »Guten Morgen! Heimat und Nachhaltigkeit«, https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2020/09/Dossier_Heimat_Nachhaltigkeit.pdf (letzter Zugriff: 29.04.2022)